

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung, die am 8. Oktober im ISS-Dome stattfand. Zu Beginn der Tagesordnung verabschiedete Oberbürgermeister Thomas Geisel die Ratsmitglieder, die dem neu gewählten Rat nicht mehr angehören. Er selbst blickte auf sechs erfüllende und erfüllte gute Jahre für Düsseldorf zurück. Thomas Geisel erinnerte an die acht Maßnahmenpakete zur Sanierung, Erweiterung und zum Neubau von Schulen, die Bäderneubauten, die Sanierung der Kultureinrichtungen und den Bau der Flüchtlingsunterkünfte und -einrichtungen. Die Tour de France hat Düsseldorf als Sportstadt profiliert und den Weg geebnet für die erfolgreiche Bewerbung um die Ausrichtung weiterer Sportveranstaltungen. Thomas Geisel dankte den Ratsmitgliedern für ihr ehrenamtliches Engagement und ihr dickes Fell, um Shitstorms zu überstehen. Auch Ratsmitglieder seien Teil der politischen Klasse, deren Ansehen nicht besonders gut ist. Er appellierte daran, die Grundregeln des zivilen Umgangs einzuhalten. Oberbürgermeister Thomas Geisel verlieh den Ehrenring des Rates an Christian Rütz (CDU), der dem Rat 10 Jahre angehört.

Bei Anerkennung der Tagesordnung beantragte die CDU Beratungsbedarf für den Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss für den Fahrradparkturm am Bahnhof Bilk. Der Antrag der Bezirksvertretung 7, für die Umwandlung der Tennenflächen des TV Grafenberg in Kunstrasen Fördermittel aus dem Investitionspakt Sportinfrastruktur zu beantragen, wurde auf Antrag der SPD in den Sportausschuss verwiesen, nachdem bekannt wurde, dass der Verein bereits Fördermittel aus einem anderen Programm beantragt hatte.

Bericht aus dem Krisenstab/aktuelle Informationen zum Corona-Virus (SARS-CoV-2)

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Göbels und der Leiter der Feuerwehr Herr von der Lieth berichteten über aktuelle Entwicklungen. Aktuell sind 32 Erkrankte in den Krankenhäusern, davon 6 auf Intensivstationen. Hier wird ein Patient beatmet. Zur Zeit gibt es 50 freie Intensivbetten. Herr Dr. Göbels berichtete, dass einige Städte die Inzidenz von 50 übersteigen.

Im Bereich der Schulen sind im September 57 Infektionen bei Schülern und 12 bei Lehrern aufgetreten. Im Oktober sind bisher 26 Schüler und 10 Lehrkräfte infiziert. Es waren 1600 bzw. 521 Kontaktpersonen betroffen. Der Zeit sind rd. 1400 Personen in Quarantäne. Für die Quarantäneunterbringung stand bisher die Einrichtung Blanckertzstraße zur Verfügung, ab morgen wird ein Hotelschiff genutzt. Obdachlose, die sonst Notschlafstellen nutzen, werden in Doppelzimmern von Hotels untergebracht. Witterungsbedingt ist der Bedarf steigend. Berichtet wurde, dass man sich über Kontakte mit dem Moscheeverein von den guten Konzepten der Moscheen überzeugt habe. In den Moscheen wird Mund-Nasen-Schutz getragen, auch von den Imamen. Durch die Einbringung des Jobcenters in die Ämterrunde des Krisenstabs konnten bisher 160 Personen in Arbeitsplätze vermittelt werden, überwiegend im Pflegebereich. Die Wirtschaftsförderung berät in Absprache mit dem Gesundheitsamt Unternehmen hinsichtlich von Schutzmaßnahmen. Innerhalb der städtischen Ämter wurde bis auf weiteres vereinbart, dass Mitarbeitende, die in Risikostädten wohnen, nicht an ihren Düsseldorfer Arbeitsplätzen arbeiten.

Die Hotline erhält täglich bis zu 3000 Anrufe. In den Abstricheinrichtungen werden täglich rd. 450 Tests gemacht, bis zu 2.000 sind möglich. Sechs Fahrzeuge machen bei Hausbesuchen rd. 90 Tests täglich. Durch Einrichtung einer besonderen Einrichtung im Drive-In-Testzentrum werden jetzt Kinder dort getestet, und der mobile Dienst wird entsprechend entlastet.

Die Verwaltung hat bisher 1349 Bußgeldbescheide erlassen, davon sind 554 rechtskräftig, bei 535 sind die Verfahren noch nicht abgeschlossen. Es wurden Bußgelder in

Höhe von rd. 111.600 Euro verhängt. Hauptsächlich betreffen die Bußgelder das Tragen von Mund-Nasen-Schutz im ÖPNV und mangelnde Hygienekonzepte in Gaststätten.

Anfragen

Die Antworten zu den acht Anfragen sind schon zur Ratssitzung in das Internet eingestellt worden und können hier abgerufen werden:
www.duesseldorf.de/rat/ratsinfo.html

Anträge der Fraktionen

Auf Antrag der Linken, beschloss der Rat (gegen Republikaner und Freie Wähler) in einer von BÜ 90 geänderten Fassung: Der Rat erneuert seine mehrfach gegebene Zusage, Geflüchtete über die Zuweisungsquote hinaus aufzunehmen, und appellierte an Bundes- und Landesregierung, sich für die Verteilung der Geflüchteten von der Insel Lesbos auf die Willigen unter den Mitgliedsstaaten der EU einzusetzen.

Der Antrag der Linken, aufgrund der Haushaltssituation ein Moratorium für einen Bau- und Planungsstopp für die U 81 für den ersten und zweiten Bauabschnitt bis zur Verabschiedung des Haushalts 2021 zu beschließen, wurde nur vom Republikaner unterstützt bei Enthaltung der AfD.

Ein Antrag der Linken zur Anerkennung der Leistung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde auch in einer durch die SPD geänderten und von den Linken übernommenen Fassung und mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und BÜ 90 abgelehnt. Der Verband der kommunalen Arbeitgeber sollte aufgefordert werden, seine Forderung nach einer Nullrunde aufzugeben und ein verhandlungsfähiges Angebot unterbreiten. Der Rat sollte sich insofern einem Schreiben des Oberbürgermeisters anschließen. Der Verband der kommunalen Arbeitgeber sollte aufgefordert werden, den Gewerkschaftsforderungen nach einer deutlichen Gehaltsverbesserung entgegenzukommen und insbesondere die in der Corona-Krise hervorgetretenen systemrelevanten Tätigkeiten und Berufsfelder aufzuwerten.

Die Linken zogen ihren Antrag, das Jobcenter aufzufordern, Bedarfe nach Computerausstattung der Schulkinder anzuerkennen und sich beim Gesetzgeber für eine Verankerung im Bildungs- und Teilhabepaket einzusetzen, zurück.

Stadtdirektor Hintzsche hatte zuvor erläutert, dass laut beschlossenen Medienentwicklungsplan digitale Bildung für alle Kinder ermöglicht werden soll. Die Endgeräte werden nicht durch die Haushalte beschafft, sondern es wurde ein zentraler Prozess der Gerätebeschaffung - Leasing, Wartung, Wiederbeschaffung - organisiert mit Verleih über die Schulen und einer zentralen Lernplattform. Für rd. 80.000 Schüler*innen stehen mehr als 23.000 Endgeräte zur Verfügung, weitere sind bestellt, aufgrund der hohen Nachfrage aber noch nicht geliefert. Die Thematik soll in den Fachausschüssen weiter verfolgt werden.

Auf Antrag von BÜ 90, SPD, FDP befürwortete der Rat gegen Republikaner und AfD, dass sich der Rat der Stadt Warschau der ausgrenzenden Bewegung für LGBT+ freie Zonen in Polen nicht angeschlossen hat und Warschaus Oberbürgermeister Rafal Trzaskowski eine Erklärung zur Unterstützung der LGBT+ Rechte unterzeichnete. Der Rat bekräftigte, dass ein Austausch der LGBT+ Themen im Rahmen der Städtepartnerschaft unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen initiiert wird. Er beauftragte die Verwaltung, einen Austausch zu organisieren.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Im Bereich der Schadowstraße sind die Pflasterarbeiten vor dem Kö-Bogen 2 - Gebäude abgeschlossen. Die ersten Geschäfte im Hochbau wurden bereits eröffnet. Für den LED Screen wird ein Konzept durch Düsseldorf Marketing erarbeitet, das einen Fokus auf Düsseldorfer Kunstprojekte legt, sodass Projekte und Beiträge als Werbung für die Stadt dienen. Es wird eine Förderung durch das Land geprüft. Die Gestaltung des Gustaf-Gründgens-Platzes schreitet zügig voran. Die Arbeiten im Hofgarten sind weitestgehend abgeschlossen. Im Hinblick auf die zukünftige Möblierung der Schadowstraße wird ein besonderes Augenmerk auf die Barrierefreiheit der zukünftigen Sitzmöbel gelegt. Es wird mit keiner Überschreitung der freigegebenen Kosten gerechnet.

Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus

Bei dem Projekt zur Dach- und Fassadensanierung ergibt die aktuelle Hochrechnung eine Überschreitung des Budgets um 1,4 Mio. EUR. Die Gesamtkosten betragen dann ca. 20,4 Mio. EUR. Hinsichtlich der Termine ist eine Verzögerung eingetreten, im Wesentlichen begründet durch den Verzug in den Arbeiten an der Metallfassade und die Errichtung des Schachtbauwerkes für die Entwässerung. Die Arbeiten sind nahezu abgeschlossen. Bis Jahresende werden die neu beschichteten Fassadenbleche wieder montiert, und anschließend werden die bereits vollständig sanierten Dachflächen begrünt.

Bericht aus der Kleinen Kommission U 81

Die Entscheidung über das Klageverfahren wurde coronabedingt auf das kommende Jahr verschoben, mit dem Zuwendungsbescheid wird frühestens Ende 2020 gerechnet. Die Bauarbeiten für die vorgezogenen Leitungsverlegungsarbeiten gehen ihrem Abschluss entgegen. Die Rohbauarbeiten werden planmäßig fortgesetzt. Im Bereich der Lilienthalstraße werden während nächtlicher Sperrpausen Gleisbauarbeiten durchgeführt, betroffenen Anwohnern wurden Hotelübernachtungen angeboten. Der Auftakt des Bürgerbeteiligungsprozesses zum zweiten Bauabschnitt hat am 10.9. stattgefunden. Als nächster Schritt erfolgt die Planungswerkstatt mit Ortsbegehungen, danach folgt die Werkstatt der Interessensvertretungen und abschließend werden zwei bis drei Werkstätten mit Vertretern und Vertreterinnen aus Politik und Verwaltung veranstaltet. Die Entscheidung zur Festlegung von Trassenvarianten bleibt den politischen Gremien vorbehalten. Anschließend wird das europaweite Vergabeverfahren für die Leistungsphasen 1 und 2 durchgeführt, sodass frühestens im Herbst 2023 ein Bedarfsbeschluss gefasst werden kann.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte einstimmig überplanmäßig 2,9 Mio. Euro für die Vorhaltung von **Schutzkleidung** für städtische Beschäftigte bereit.

Der Rat stellte den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften **Jahresabschluss zum 31.12.2019** fest und entlastete den Oberbürgermeister. Er beschloss, den Jahresüberschuss in Höhe von rd. 11,8 Mio. Euro der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Der Rat nahm den **Bericht der Kunstkommission** für den Zeitraum Juli 2019 bis August 2020 entgegen. Die geplante öffentliche Fachtagung zur Evaluation soll zum Jahresende stattfinden.

Der Rat beschloss einstimmig eine Neufassung der **Betriebssatzung des Stadtentwässerungsbetriebes** (SEBD). Die bisherige Abteilung Wasserbau wird zum 1.1.2021 in die Organisationsstrukturen des SEBD integriert. Der Personalrat hat zugestimmt.

Der Rat beschloss einstimmig zum 31.7.2020 die Auflösung der Abendrealschule Her-

mann-Harry-Schmitz-Weiterbildungskolleg Garath und die Errichtung eines neuen Bildungsganges „Abendrealschule“ am Weiterbildungskolleg der Stadt Düsseldorf, St. Franziskus-Straße zum 1.8.2020. Der Schulname wurde mit Wirkung vom 1.8.2020 in **„Städtisches Weiterbildungskolleg Abendrealschule und Abendgymnasium“** geändert und der Schulstandort Garath als Teilstandort für die Schüler*innen der Abendrealschule festgelegt. Das Abendgymnasium wird wieder in die Rückertstraße umziehen, wenn dort die Baumaßnahmen beendet sind. Der Rat genehmigte einen Dringlichkeitsbeschluss.

Der Rat genehmigte einstimmig einen Dringlichkeitsbeschluss, durch den die **Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen** in den Monaten Juni und Juli ausgesetzt wurde. Die Mindereinnahmen in Höhe von 1,59 Mio. Euro werden zur Hälfte durch das Land erstattet. Auch für die Vor- und Übermit-tagbetreuung sollen die jeweiligen Träger keine Beiträge erheben. Hierfür werden städtische Aufwendungen in Höhe von 0,43 Mio. kalkuliert bei ebenfalls hälftiger Erstattung durch das Land.

Der Rat genehmigte einstimmig einen Dringlichkeitsbeschluss, durch den die ordnungsbehördlichen Verordnungen zu den geplanten, inzwischen aber **abgesagten Sonntagsöffnungen** in einigen Stadtteilen im September und Oktober aufgehoben wurden.

Der Rat hob einstimmig die Satzung zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen vom 20.12.2007 auf nachdem am 17.6.2020 eine „neue“ Satzung zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen beschlossen wurde, die inzwischen auch veröffentlicht wurde.

Der Rat änderte gegen FDP und Freie Wähler die **Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum**. Nach einjähriger Anwendung wurden einige Präzisierungen vorgenommen. Der neu gewählte Rat wird sich nach intensiver Evaluierung im nächsten Jahr mit möglicherweise weiteren Veränderungen beschäftigen.

Der Rat billigte einstimmig die Teilnahme am Projektauftrag 2021 des Programms **„Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus 2021“**

- mit der Bewerbung zum Projekt „Raumwerk D weiterdenken – Gemeinsam Düsseldorfs Zukunft gestalten“. Durch die Dokumentation der verschiedenen Beteiligungsschritte und –formate des Raumwerk D-Prozesses soll eine Art Gebrauchsanweisung für die Einbeziehung der Stadtgesellschaft entstehen. Die Aufwendungen in Höhe von rd. 160.000 Euro sollen zu zwei Drittel gefördert werden;
- mit einem Förderantrag für den öffentlichen Raum der ehemaligen Kapelle der Justizvollzugsanstalt Ulmer Höh. Bei Gesamtaufwendungen in Höhe von 2 Mio. Euro wird eine Förderung von 1,3 Mio. Euro beantragt. Weitere Mittel in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro sollen von Dritten eingeworben werden.

Der Rat befürwortete einstimmig das Projekt **„Umbau Kinderspielplatz Vor dem Deich im Südpark“** und beauftragte die Verwaltung, einen Förderantrag im Rahmen des „Investitionspaktes zur Förderung von Sportstätten“ für den Umbau des ehemaligen Floßteichs in eine Pumptrack-Rollarena zu stellen.

Personalien

Der Rat empfahl dem Ministerpräsidenten einstimmig,

- erneut Herrn Beigeordneten Lohe als Mitglied und Frau Stadtkämmerin Schneider als Stellvertreterin in das Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung NRW“ zu wählen.

Der Rat wählte einstimmig

- Norbert Wolff erneut für den Schiedsgerichtsbezirk Angermund/Wittlaer/Kalkum.

Bauen

Der Rat genehmigte einstimmig einen Dringlichkeitsbeschluss zur **Umsetzung dringend notwendiger und sicherheitsrelevanter Sofortmaßnahmen an Kulturgebäuden**. Es handelt sich um Schloss Jägerhof (0,65 Mio. Euro elektrische Anlagen), die Tonhalle (0,27 Mio. Euro Brandmeldeanlage) und das Opernhaus (0,5 Mio. Euro Dachabdichtung und Brandschutz).

Der Rat beschloss einstimmig, für die **Dach- und Fassadensanierung des Schauspielhauses** 1,42 Mio. Euro zusätzlich bereitzustellen. Dies betrifft die Notentwässerung, die aus statischen Gründen nicht wie geplant mit Anstauung auf den Dachflächen erfolgen konnte. Die Gesamtkosten betragen brutto 20,4 Mio Euro.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, die Planung durchzuführen und einen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorzubereiten:

- Dringliche **Sanierungsmaßnahmen und Fassadensanierung Schloss Jägerhof – Goethemuseum** mit vorläufigen Gesamtkosten in Höhe von 5,7 Mio. Euro. Die Maßnahmen beinhalten die Erneuerung der Brandmeldeanlage und der Elektrohauptverteilung. Die Trockenlegung des Kellers für die Lagerung wertvoller Sammlungsteile sowie die Renovierung von WC-Anlagen und Nebenräumen für das Personal, den Bau eines 2. Rettungsweges, einen barrierefreien Zugang, eine Induktionsanlage für den Schneidersaal, die Umstellung der Beleuchtung auf LED, den Anschluss an das Fernwärmenetz, den Raumabschluss des Veranstaltungsraumes im 2. OG nebst Lüftungstechnik. Für die Fassadensanierung wird ein Bundeszuschuss in Höhe von 0,45 Mio. Euro erwartet. Der Bau- und Finanzierungsbeschluss für die Fassadensanierung soll im 4. Quartal 2020. Für die weiteren Maßnahmen soll der Beschluss im 1. Quartal 2022 gefasst werden (einstimmig);
- **Ausbau einer Veloroute am Südring** zwischen Batterieweg und Völklinger Straße mit vorläufigen Gesamtkosten in Höhe von 2,8 Mio. Euro. Im Zuge des Ersatzneubaus der Brücke Aderkirchweg/Südring und barrierefreiem Ausbau der Haltestelle „Josef-Kardinal-Frings-Brücke“ sollen die Geh- und Radwege auf einer Länge von nahezu 900 m neu errichtet werden. Es wurden Fördermittel in Höhe von rd. 1,5 Mio beim Land beantragt. Baubeginn ist abhängig von dem Zuwendungsverfahren voraussichtlich in 2021, Bauzeit 6 Monate (eine Enthaltung).

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung:

- **Herrichten der Räumlichkeiten am Standort Tersteegenstraße 62 / Felix-Klein-Straße 3 für ein Regelgymnasium** mit Gesamtkosten in Höhe von 25 Mio. Euro. Das ehemalige Aufbaugymnasium wird seit 2016/17 sukzessive in ein Regelgymnasium (vierzünftig in der Sekundarstufe I) mit erweiterter Oberstufe (achtzünftig) umgewandelt. Eine neue Mensa wurde bereits 2018 fertiggestellt. Jetzt werden umfangreiche Sanierungen an der Aula und am Hauptgebäude durchgeführt und Klassen-, Kurs- und Verwaltungsräume angepasst. Die Naturwissenschaftliche Räume werden nach dem aktuellen Stand der Technik umgerüstet, ein Selbstlernzentrum mit Computern eingerichtet und der Musikraum im Untergeschoss ausgebaut und mit Schiebefenstern versehen, sodass eine neue Aussen-terrasse für Musikdarbietungen genutzt werden kann. Die Aussenanlagen werden um eine Spielanlage mit Zaun und Toren, einen Soccer Court und Fahrradabstellplätze ergänzt. Die Bauarbeiten werden in mehreren Abschnitten zwischen dem 2. Quartal 2021 und dem 3. Quartal 2023 ausgeführt. Aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ hat die Stadt 0,5 Mio. Euro erhalten. Für vorbereitende Maßnahmen stellte der Rat 0,8 Mio. überplanmäßig für 2020 bereit. Zusätzliche Stellen im Sekretariatsbereich werden ab 2023 in den Stellenplan aufgenommen.

Planungsrecht und Stadtentwicklung

Der Rat

- beschloss den **Bebauungsplan Nördlich Westfalenstraße** (Nordteil). Auf dem Gelände der ehemaligen Firma Paguag können 480 Wohnungen in drei bis viergeschossigen Gebäuden errichtet werden. Durch einen städtebaulichen Vertrag wird sichergestellt, dass 20 % öffentlich geförderte und 20 % preisgedämpfte Wohnungen entstehen. Im Südteil wurde bereits eine Bebauung fertiggestellt. Die hier neu entstandene Fußgängerzone zwischen Quartiersplatz und Einkaufszentrum wird Richtung Norden fortgesetzt und weitet sich zu einem zweiten öffentlichen Platz. Es sind zwei Grünflächen geplant, die über verkehrsberuhigte Bereiche vernetzt und mit dem südlich angrenzenden Quartierspark verbunden sind. In die Bebauung wird eine viergruppige Kindertageseinrichtung integriert (gegen Linke und Tierschutzpartei);
- änderte den **Flächennutzungsplan Nördlich und südlich Theodorstraße**. Die bestehenden Nutzungen (Wendeschleife 701, ISS-Dome, Autohaus, Küchenfachmarkt, Hotel, Parkhaus) werden gesichert, der bisherige Sondergebietsstandort für einen Bau- und Gartenfachmarkt südlich der Theodorstraße aufgeben. Dieser soll nördlich der Theodorstraße realisiert werden, das entsprechende Planverfahren läuft. Auf den noch zur Verfügung stehenden Grundstücken im Teilbereich 1 sollen rein gewerbliche Nutzungen angesiedelt werden. Im Teilbereich 2 (nördlich der Theodorstraße und westlich der Straße Am Hülserhof) wird zur Sicherung der im Bestand vorhandenen Grünstrukturen die gewerbliche Baufläche zugunsten der Darstellung als Grünfläche aufgegeben (gegen Tierschutzpartei).

Während der langen Sitzungsdauer kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratsitzung verweisen.

Dies ist die mein letzter Ratsbericht, denn ich habe nicht mehr für den Rat kandidiert. Ich bedanke mich für das Interesse an der Ratsarbeit und wünsche alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**